



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

230820 Kanzelrede St. Nikolai Kirche in Rinteln

Liebe Gemeinde,

zunächst möchte ich mich für die Einladung ganz herzlich bedanken und für die einmalige Gelegenheit, hier in Rinteln von der Kanzel zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Mit dem Konzept der Bürgerkanzeln wünschen Sie sich eine „Perspektive von draußen“ auf Kirche und Glauben.

Das will ich in meiner Rolle als Volksvertreterin in unserem nationalen Parlament, als Bundestagsabgeordnete gerne versuchen.

Und ja, auch wenn meine beiden Großväter Pastoren waren, blicke ich persönlich tatsächlich von außen auf die Kirche.

Aber auch mir ist völlig klar, dass es ohne Glauben nicht geht. Wir alle brauchen einen festen Glauben der uns Mut und Hoffnung gibt. Ohne Hoffnung können wir nicht handeln und ohne Hoffnung drohen wir in Resignation zu verfallen.

Gerade in Zeiten komplexer Krisen ist es umso wichtiger Hoffnung zu bewahren, um handlungsfähig zu bleiben.

Die Komplexität und die Geschwindigkeit der multiplen Krisen unsere Zeit drohen uns zu überfordern.

Gerade für die junge Generation ist die Beschleunigung der Klimaerwärmung, die Bilder der verheerenden Waldbrände und die Flut an Informationen über die weltweiten Zusammenhänge eine Belastung, die manche kaum noch ertragen können.

Da können sie noch so sehr versuchen ihr Leben umzustellen, sich vegan ernähren, auf Autos verzichten oder regelmäßig demonstrieren – trotzdem bleibt das Gefühl, nicht genug tun zu können. Sie können sich ja nicht in Luft auflösen um den Planeten zu schützen und das sollen sie ja auch nicht.

Manche verlieren auch die Geduld mit der Demokratie und ihren langwierigen Kompromissfindungen.

Aber wie können wir der Jugend wieder Hoffnung und Glauben in ihre Handlungsfähigkeit geben, wenn wir selbst ja auch kaum noch mitkommen?

Dieser Krieg mitten in Europa, in dem sich Soldaten - 110 Jahre nach Versailles – wieder in Schützengräben eingraben, als ob der 1. Weltkrieg gerade gestern gewesen wäre – dieser Krieg macht uns alle fassungslos.

Dieser Krieg, der auch den Hunger in der Welt wieder hat ansteigen lassen, nachdem gerade erst über viele Jahre mühsam kleine Fortschritte im Kampf gegen den Hunger erzielt wurden.

Und wegen Armut, Hunger und Krieg weltweit verlassen Menschen massenhaft ihre Heimat, um bei uns in Europa Schutz zu suchen.

Das wiederum führt bei vielen Menschen hier zu Ängsten, die sich Populisten zunutze machen, um für rechtsextreme und menschenverachtende Politik zu werben.

All das ist ein massiver Stresstest für uns, unsere Hoffnung und unseren Glauben.

Ende Juli ist eine Studie veröffentlicht worden, wonach sich die Deutschen immer mehr ins Private zurückziehen, die bedrohliche Wirklichkeit weitgehend ausklammern und sich zunehmend in ihren sozialen Kreis aus Gleichgesinnten zurück ziehen.

Krisenverdrängung und Hinwendung zum Privaten führen laut der Studie dazu, dass eine Mehrheit der Deutschen eine passiv resignative Haltung entwickelt und für den übergreifenden Wandel überhaupt nicht mehr ansprechbar ist.

Und ich muss sagen – auch ganz persönlich als Politikerin, als Abgeordnete und als Staatsministerin im Auswärtigen Amt – ich kann diese Tendenz sehr gut nachempfinden.

Auch ich habe diese Momente, wenn ich von meinen zahlreichen Afrika Reisen zurück komme in meine niedersächsische Dorfidylle – dass ich manchmal am Weltgeschehen zu verzweifeln drohe und denke, was bringt das alles? Sollte ich nicht lieber auf meiner heimischen Terrasse bleiben, meine Blumen gießen und mich auf meine eigenen Kinder konzentrieren?

Das ist eine Frage, die sich nicht nur PolitikerInnen, sondern viele Menschen immer mal wieder im stillen Kämmerlein stellen: Warum mache ich das eigentlich alles? Wo liegt der Sinn?

Das betrifft besonders diejenigen, die sich der öffentlichen Wahrnehmung aussetzen, sei es in ehrenamtlichen Positionen, in der Kirche, bei Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen.

Die Bereitschaft ein öffentliches Amt zu übernehmen geht bei vielen stark zurück. Das liegt auch an den Zumutungen der permanenten Kommunikation im digitalen Zeitalter - ständig herausgefordert, beschimpft, ja sogar bedroht zu werden.

Das ist wiederum bedrohlich für die demokratische Kultur in unserem Lande.

Was können wir dem entgegen setzten? Was brauchen wir um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern statt uns zu isolieren?

Was treibt uns an, Dinge zu tun, die wir nicht tun müssten statt uns vor der Welt da draußen zurück zu ziehen?

Ich will Ihnen an dieser Stelle ein wenig schildern, was mich persönlich antreibt, um dann wieder später auf die Glaubensfrage zurück zu kommen.

Ein ganz grundlegender Antrieb für mich ist, dass ich Ungerechtigkeit nicht ertragen kann.

Es war daher sicher auch kein Zufall, dass ich nach dem Abitur bei den Rechtswissenschaften gelandet bin.

Als ich mein Studium begann, dachte ich zunächst an eine Tätigkeit bei internationalen Organisationen.

Aber das Leben geht ja meist ganz andere Wege als geplant.

Im Alter von 26 Jahren gründete ich eine Familie und fand ich mich plötzlich als Dorfanwältin in der niedersächsischen Provinz wieder. Zu meinem eigenen Erstaunen fand ich heraus, dass mir die Rechtsberatung sehr liegt und die Menschen meinen Rat schätzten.

Als Fachanwältin für Familienrecht kamen viele Menschen gerade in persönlich schwierigsten Lebenslagen zu mir und brauchten oft eine umfassende Beratung, die sich nicht nur auf eine Forderungsberechnung bezog.

Ich bekam einen tiefen Einblick in die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschen und erfuhr so einiges über den Zustand unserer Gesellschaft.

Aus diesem Grund stehen auch heute bei meinen Dienstreisen als Staatsministerin immer Gespräche mit Anwältinnen auf dem Programm, denn sie sind es am Ende, die mir am besten schildern können, wie es um die Rechte von Frauen und Kindern, von Opfern von Gewalt und wie es um den Zugang zum Recht in ihrem Land bestellt ist.

Den unterschiedlichsten Menschen zu Ihrem Recht zu verhelfen, das hat mir 12 Jahre lang große Freude bereitet und ich habe mich nach meinem etwas abrupten

Wechsel in die Politik auch nur schweren Herzens von meiner kleinen Anwaltskanzlei trennen können.

Aber manchmal stieß ich auch an die Grenzen des Rechts und es entstand der Wunsch an der Rechtsänderung und der Gesetzgebung mitzuwirken.

So ist mir beispielsweise aufgrund meiner Erfahrung bei Kindesunterhaltsberechnungen der Kampf gegen die Kinderarmut und die Einführung einer Kindergrundsicherung ein persönliches Anliegen, das ich seit Jahren innerhalb meiner Partei vertreten und gegen alle Widerstände verteidigt habe.

Und dann durfte ich tatsächlich die Kindergrundsicherung in den Koalitionsgesprächen verhandeln und es macht mich auch etwas stolz, dass meine langjährige Mitstreiterin Lisa Paus heute dieses so wichtige Gerechtigkeitsprojekt federführend als Ministerin auf den Weg bringt.

Denn seien wir ehrlich: neben Hoffnung und einem festen Glauben braucht es hin und wieder einfach mal kleine Erfolge, die uns motivieren weiter zu machen.

Ein weiterer Motor meines Antriebes hängt eng mit Gerechtigkeit zusammen und das ist Frieden.

Denn Krieg ist die größte aller Ungerechtigkeiten, die Menschen erleiden müssen.

Das Recht auf Leben ist nicht umsonst das erste aller Menschenrechte und Krieg daher ein Unheil, das um jeden Preis vermieden werden muss.

Wenn es also irgendetwas gibt, was ich tun kann, um zu helfen den Frieden zu bewahren, dann ist dies jeden Einsatz Wert.

Was haben alle anderen Probleme unseres Alltages noch für eine Bedeutung, wenn Krieg und Rechtlosigkeit herrschen?

Sehr treffend bringt es das berühmte Zitat von Willy Brandt auf den Punkt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Was für ein Glück, dass wir unsere Kinder in Frieden aufwachsen sehen können!

Wie viele Menschen in Kriegsgebieten wünschen sich nichts sehnlicher, als Ihre Kinder zur Schule schicken zu können ohne befürchten zu müssen, dass sie nie mehr zurückkommen.

Und nun ist der Krieg auch noch nach Europa zurückgekommen. Er ist aber nicht einfach so gekommen, sondern wurde gezielt begonnen vom Präsidenten einer Atommacht, der beschlossen hat, Teile seines Nachbarlands zu annektieren und militärisch zu erobern.

Es ist ja nicht so, dass es nicht vorher auch an anderen Stellen der Welt furchtbare Kriege gab und gibt. Allein die Opferzahlen in Äthiopien im letzten Oktober überstiegen die Opferzahlen des gesamten Krieges in der Ukraine – nur das uns von dort keine Bilder erreichten.

Trotzdem ist der russische Angriff auf die Ukraine nicht nur wegen der geographischen Nähe besonders bedrohlich. Erstmals stellt ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, eine Atommacht, sich mit einem derartigen Angriffskrieg offen gegen die nach dem 2. Weltkrieg vereinbarte internationale Ordnung.

Es ist gut und wichtig, dass innerhalb der Friedensbewegung und gerade auch innerhalb der Kirche die Frage der Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung der Ukraine intensiv diskutiert wird.

Denn das sind in der Tat grundlegende ethische Fragen.

Für mich persönlich, die ich als Abgeordnete von Anfang an für eine restriktive Rüstungsexportkontrolle gekämpft habe, war eins immer klar: Solange es eine Chance auf eine diplomatische Lösung gab, haben wir gerade wegen der Spannungen keine Waffen geliefert – um eine friedliche Lösung nicht zu erschweren. In dem Moment aber, wo Putin diese rote Linie des Angriffskrieges überschritten hatte, war und bin ich mir sicher, was wir zu tun haben.

Das war keinesfalls eine Kehrtwende bzw. ein Bruch mit bisherigen Prinzipien, sondern im Gegenteil: die konsequente Fortsetzung einer am Völkerrecht orientierten Position.

Der bedeutendste Moment und die größte Erkenntnis nach zwei verheerenden Weltkriegen im 20. Jahrhundert war die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945.

Kern der Charta ist das Gewaltverbot in Artikel 2 und die Schaffung einer Institution, dem Sicherheitsrat, dem das Gewaltmonopol quasi übertragen wird.

Eine Verrechtlichung der Konfliktlösung sollte an die Stelle bewaffneter Auseinandersetzungen treten.

Diese Einigung wurde teuer erkaufte durch 60 Millionen Tote des Zweiten Weltkrieges.

Ein Preis, den wir nicht noch einmal zahlen können.

Das Einmalige an den Vereinten Nationen und Ihrer Charta ist die Zahl der Mitglieder und damit ihre weltweite Geltung.

Jeder Unterzeichner-Staat hat sich mit seiner Unterschrift dem Gewaltverbot und dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen rechtlich verbindlich unterworfen.

Es gibt seither nur zwei Rechtfertigungen für den Einsatz militärischer Gewalt: entweder zur Selbstverteidigung oder der Sicherheitsrat legitimiert die Gewaltanwendung zur Wiederherstellung des Weltfriedens.

Dabei ist klar, dass die Selbstverteidigung eines angegriffenen Staates von allen anderen unterstützt werden kann und ggf. sogar muss, um die Geltung des Gewaltverbotes zu verteidigen.

Gewalt darf sich nicht durchsetzen – deswegen haben auch wir als Staatsbürger unserem Nationalstaat das Gewaltmonopol übertragen.

Dafür stellt uns der Rechtsstaat Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte zur Verfügung, um Konflikte gewaltfrei auszutragen.

Nicht nur Notwehr, sondern auch Nothilfe bleibt dabei vom Gewaltverbot ausgenommen.

In bestimmten Situationen sind wir sogar verpflichtet Nothilfe zu leisten.

Und wenn wir nicht selbst helfen können ohne uns in Gefahr zu bringen, müssen wir zumindest versuchen Hilfe zu holen.

Frieden durch Recht - das ist der mühsame Weg aus der Gewaltspirale, wenn wir Gewalt und Willkür entgegenwirken wollen.

Es gilt also, die Stärke des Rechts zu fördern um dem Recht des Stärkeren Einhalt zu gebieten.

Das gilt im Großen, wie im Kleinen.

Innerhalb der Familie, in unserer Republik und international zwischen den Völkern.

Auch innerhalb unseres demokratischen Rechtsstaat muss der Staat sein Gewaltmonopol am Ende auch durchsetzen.

Bei allen Mängeln und Kritikpunkten an unserem Rechtsstaat, die es immer gibt, hat uns dieser Konsens in den letzten 70 Jahren ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht.

Doch nun droht der Konsens an einigen Stellen zu bröckeln.

Und deswegen sind wir alle gefordert - jede und jeder an seinem Platz.

Die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates können wir nicht allein an gewählte Vertreter delegieren.

Das kann nur die Gesellschaft als Ganzes, also wir alle - ob in der Schule, in der Familie, in der Kirche, bei der Arbeit, unter Freunden oder in der Öffentlichkeit.

Wo sich Menschenverachtung und Gewaltverherrlichung breit machen, ist es unsere Aufgabe zu widersprechen.

Das hört sich einfacher an als es ist und kann sehr unangenehm sein.

Es mag manchmal einfacher scheinen, einfach drüber wegzuhören und inakzeptable Äußerungen zu ignorieren.

Frei nach dem Motto: Lass mich doch in Frieden.

So wird man aber nicht in Frieden gelassen.

Wer in Frieden leben will, kann diesem Konflikt nicht aus dem Weg gehen.

Denn die Sprache ist oft der Anfang der Gewalt.

Und wo Gewalttaten nicht mehr entgegengetreten wird, bricht der demokratische Rechtsstaat zusammen.

So war es in unserer Geschichte schon einmal und deswegen wissen wir auch, dass es wieder passieren kann, wenn wir uns dem nicht entgegenstellen.

Wir müssen also aktiv widersprechen, um in Frieden gelassen werden.

Das braucht Mut. Und Mut braucht Hoffnung und Glauben.

Und da sind wir mitten drin in der Kernbotschaft des christlichen Evangeliums und der Rolle der Kirche.

Denn diese Botschaft der Hoffnung, die in dem Evangelium steckt, ist eben gerade kein Opium fürs Volk, keine bequeme Botschaft, sondern im Gegenteil: eine hochpolitische!

Denn wer Hoffnung hat der handelt und resigniert nicht.

Wenn Sie mich jetzt berechtigterweise fragen aus welchem Glauben heraus ich denn meine Hoffnung schöpfe, dann ist das der Glaube an die Fähigkeit des Menschen als vernunftbegabtes Wesen, die Welt besser und gerechter zu gestalten als sie es derzeit ist.

Aus diesem Glauben ziehe ich meine Hoffnung auf eine gerechtere, auf eine friedlichere Welt.

Ich gebe gerne zu, dass es für die Vernunft des Menschen auch nicht mehr wissenschaftliche Belege gibt als für die jungfräuliche Empfängnis, aber am Ende kommt es für mich eben nicht zentral auf das Bekenntnis, sondern auf die Botschaft an.

Und an dieser Stelle bin ich sehr froh in der Kirche eine starke Bündnispartnerin zu haben.

Und wenn ich es schon mal von dieser Kanzel sagen darf: Es möge Frieden auf Erden werden!

Immer wieder zeigen Umfragen, dass Frieden den Menschen in unserem Land das wichtigste Anliegen ist.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass diesem Anliegen Rechnung getragen wird.

Dass wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass es doch eines Tages noch Frieden auf Erden für alle Menschen geben kann.

Und dafür, dass diese Hoffnung uns immer wieder antreibt.

Vielen Dank.